

Rainer Stentzel

Integrationsziel Parteiendemokratie

Rechtliche Rahmenbedingungen für eine
Demokratisierung der Europäischen Union



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsübersicht

Einleitung	21
<i>1. Kapitel: Allgemeine normative Grundlagen und soziale Voraussetzungen demokratischer Herrschaft</i>	29
A. Methodische Vorüberlegungen	29
B. Demokratische Legitimität	31
C. Normative Prämissen und soziale Voraussetzungen demokratischer Willensbildungsprozesse	38
D. Der Konnex von Demokratie, Staat und Volk - Zur Übertragbarkeit des Demokratieprinzips auf den nichtstaatlichen Herrschaftsverband der Europäischen Union	75
<i>2. Kapitel: Der demokratische Willensbildungsprozeß und die politischen Parteien</i>	113
A. Die Funktionen der politischen Parteien im demokratischen Willensbildungsprozeß	113
B. Allgemeine Grenzen von Parteitätigkeiten	126
C. Rechtliche Determinanten von Parteifunktionen	138
<i>3. Kapitel: Zum Demokratiedefizit und zur Demokratiefähigkeit der Europäischen Union</i>	219
A. Die europäische Rechtsetzung aus parteidemokratischer Sicht - Eine Annäherung an das europäische Demokratiedefizit	220
B. Die Bedeutung der politischen Willensbildungsprozesse in den Mitgliedstaaten für die demokratische Legitimation der Europäischen Union	281
C. Das demokratiespezifische Dilemma der europäischen Integration	303
D. Die Demokratiefähigkeit des europäischen Herrschaftsverbandes in der Perspektive fortschreitender Integration	320
<i>4. Kapitel: Rechtliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung eines europäischen Parteiensystems und die Demokratisierung der Europäischen Union</i>	341
A. Das Integrationsziel einer europäischen Parteiendemokratie als rechtspolitisches Finalprogramm	348
B. Allgemeine Grundlagen eines europäischen Parteienrechts	350
C. Zur rechtlichen Aufwertung der Funktionen europäischer Parteien	371
D. Die Realisierungschancen für eine Demokratisierung der Europäischen Union	416

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	21
A. Charakteristika und Legitimationsbedarf der Europäischen Union als politischer Herrschaftsverband	22
B. Grundpositionen in der auf die Europäische Union bezogenen Demokratiedebatte	25
C. Problemstellung und Inhalte der Untersuchung	26
<i>I. Kapitel: Allgemeine normative Grundlagen und soziale Voraussetzungen</i>	
<i>demokratischer Herrschaft</i>	29
A. Methodische Vorüberlegungen	29
B. Demokratische Legitimität	31
I. Zur Legitimität von politischer Herrschaft im allgemeinen	31
II. Das Legitimitätsverständnis moderner Massengesellschaften als Grundlage demokratischer Legitimität	33
III. Legitimitätsstiftende Herrschaftsteilhabe in einer modernen Massengesellschaft	35
C. Normative Prämissen und soziale Realisierungsbedingungen demokratischer Willensbildungsprozesse	38
I. Erläuterung anhand des Prinzips der Repräsentation	38
1. Das Repräsentationsprinzip in der Demokratie	38
a) Begriffliche Eingrenzung	38
b) Demokratische Repräsentation im allgemeinen	39
aa) Der Zweck demokratischer Repräsentation	39
(1) Objektive Richtigkeit politischer Entscheidungen?	39
(2) Politische Handlungsfähigkeit und Interessenbindung	41
(a) Berücksichtigung divergierender politischer Ziel Vorstellungen in hoheitlichen Entscheidungen	41
(b) Positive Herstellung einer chancenegalitären Basis für die politische Impulsgebung an den hoheitlichen Entscheidungsapparat	42
bb) Inhalt: Interessenartikulation und -durchsetzung	43
(1) Herstellung einer chancenegalitären Pluralität der Interessen	43
(2) Entscheidungsnotwendige Reduktion der Interessenpluralität	46
cc) Funktionsbedingungen demokratischer Repräsentation	47
(1) Diskursive Integiationsprozesse	47
(2) Funktionale Arbeitsteilung bei der Reduktion von Pluralität	48
(3) Politische Verantwortlichkeit durch Konkurrenz	49

c)	Der staatlich-institutionalisierte Bereich demokratischer Repräsentation im besonderen	51
aa)	Die zentrale Bedeutung parlamentarischer Repräsentation	52
bb)	Das Verhältnis von parlamentarischer zu individueller Repräsentation und sachplebiszitären Elementen	53
2.	Soziale Voraussetzungen demokratischer Repräsentation	54
a)	Organisierte soziale Gruppen als Träger und Vermittler von Einzelinteressen	55
aa)	Interessenorganisationen im allgemeinen	55
bb)	Politische Parteien im besonderen	56
b)	Kommunikation und Öffentlichkeit	56
aa)	Kommunikation	56
bb)	Öffentlichkeit	58
c)	Grundkonsens im Sinne einer allgemeinen Diskursbereitschaft	60
II.	Erläuterung anhand des Prinzips der Mehrheitsentscheidung	61
1.	Das Prinzip der Mehrheitsentscheidung	61
a)	Begriffsklärung: Mehrheiten im Rechtssinne - Bezugsobjekte des demokratischen Mehrheitsbegriffs	61
b)	Das demokratische Mehrheitsprinzip	62
aa)	Überkommene Erklärungsmodelle	63
(1)	Richtigkeitsvermutung und Gemeinwohlverwirklichung	63
(2)	Freiheitsmaximierung	63
bb)	Die normative Begründung des Mehrheitsprinzips in der Demokratie	64
(1)	Die Integrationsfunktion der verfahrensmäßigen Mehrheitsbildung	64
(2)	Innovationsfähigkeit und Problemlösungseffizienz des politischen Systems	66
(3)	Das demokratische Mehrheitsprinzip zwischen Sozialintegration und Systemeffizienz	68
2.	Soziale Voraussetzungen des Mehrheitsprinzips	69
a)	Grundkonsens	69
aa)	Allgemeine Zustimmung zum Prinzip der Mehrheitsregel - das Problem von Strukturminoritäten	69
bb)	Grundwerte als Grenze von Mehrheitsbefugnissen	71
b)	Öffentlichkeit und Kommunikation als Voraussetzung für die Integrationskraft der Mehrheitsregel und für die Aktualisierung des minderheitsschützenden Grundkonsenses	73
D.	Der Konnex von Demokratie, Staat und Volk - Zur Übertragbarkeit des Demokratieprinzips auf den nichtstaatlichen Herrschaftsverband der Europäischen Union	75
I.	Der Staatsbegriff und seine Bedeutung für die Demokratiefähigkeit der Europäischen Union	77
1.	Die juristischen Staats begriffe	77

a)	Der völkerrechtliche Staatsbegriff: Zurechnungsobjekt von unmittelbaren völkerrechtlichen Rechten und Pflichten	77
b)	Die staatsrechtliche Erweiterung des Staatsbegriffs: Selbstorganisationsfähigkeit im Rahmen einer innerstaatlich verliehenen Verfassungsautonomie	79
c)	Die Bedeutung der juristischen Staatsbegriffe für das normative Herrschaftsmodell der Demokratie	80
aa)	Autonomie und Eigenständigkeit einer Rechtsordnung als Demokratiebedingung	81
bb)	Ausreichende Autonomie der Rechtsordnung der Europäischen Union	81
(1)	Zur mangelnden Rechtsautonomie im Sinne des völkerrechtlichen Staatsbegriffs	82
(2)	Zur mangelnden Verfassungsautonomie im Sinne des staatsrechtlichen Staatsbegriffs	84
(3)	Exkurs: Die Staatlichkeit der Mitgliedstaaten als Demokratisierungshindernis für die Europäische Union?	86
2.	Zurückweisung eines soziologischen Staatsbegriffs - Keine zwingende Verbindung von Staatlichkeit im Rechtssinne und den sozialen Voraussetzungen einer Demokratie	87
II.	Der Volksbegriff und seine Bedeutung für die Demokratiefähigkeit der Europäischen Union	90
1.	Volk als völkerrechtlicher Rechtsbegriff - Das Selbstbestimmungsrecht der Völker	90
a)	Volk als dynamische Größe	92
b)	Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Ausdruck einer dynamischen und friedensgerichteten Weltordnung	93
2.	Volk als Rechtsbegriff im demokratischen Verfassungsstaat	94
a)	Volk als Zurechnungsgröße politischer Rechte und die Bedeutung der Staatsbürgerschaft - Wahlvolk gleich Staatsvolk?	94
b)	Keine notwendige Kongruenz von Staatsbürgerschaft und den sozialen Realisierungsbedingungen demokratischer Willensbildung	98
3.	Volk als Verfassungsgeber	100
a)	Der Volksbegriff in der Lehre vom pouvoir constituant	101
aa)	Staatsvolk?	102
bb)	Gruppe mit "Bewußtsein politischer Größe"?	103
b)	Grundprobleme und Kritik	104
c)	Verfassungspolitische Bedeutung der Lehre von der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes	106
d)	Bedeutung der Lehre von der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes für den Fortgang der europäischen Integration	106
III.	Zwischenergebnis: Kein notwendiger Zusammenhang von Staat und Demokratie	109

2. Kapitel: <i>Der demokratische Willensbildungsprozeß und die politischen Parteien</i>	113
A. Die Funktionen der politischen Parteien im demokratischen Willensbildungsprozeß	113
I. Die Grundfunktion politischer Parteien	114
II. Spezifische Funktionen politischer Parteien (Einzelfunktionen)	117
1. Die Eliterekrutierungsfunktion	118
2. Die Interessenwiedergabefunktion	118
3. Die Integrationsfunktion	119
4. Die Regierungsfunktion	119
5. Die Rückkoppelungsfunktion	120
6. Die Innovations- und Kontrollfunktion	120
7. Die Partizipationsfunktion	121
III. Zum Verhältnis der einzelnen Parteifunktionen untereinander	124
IV. Das Parteiensystem als Variable für die Ausgestaltung der einzelnen Parteifunktionen	125
B. Allgemeine Grenzen von Parteitätigkeiten	126
I. Das staatsrechtliche Prinzip der Gewaltenteilung als Grenze für staatsgerichtete Parteitätigkeiten	126
n. Grenzen wettbewerbsbezogener Parteitätigkeiten - Chancengleichheit und Begünstigungsverbote	131
DI. Begrenzungen der programmatischen Zielsetzungen von politischen Parteien?	136
C. Rechtliche Determinanten von Parteifunktionen	138
I. Rechtliche Zuweisungen und tatsächliche Wahrnehmungen von Parteifunktionen in Deutschland, der Schweiz, Frankreich und Großbritannien	139
1. Deutschland	141
a) Politisch-soziale Kultur und Parteiensystem in der Bundesrepublik	141
aa) Charakteristika der politisch-sozialen Kultur	141
bb) Das bundesrepublikanische Parteiensystem	142
b) Gewichtung der Parteifunktionen nach der Rechtsordnung	145
aa) Verfassungsrechtliche Funktionsgewichtungen	145
(1) Art. 21 GG und Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG	145
(2) Rechte des Parlamentes und Verantwortlichkeit der Regierung	146
(3) Föderalismus und Parteifunktionen	147
(a) Die Länderebene	147
(b) Der Bundesrat	148
bb) Einfachgesetzliche Funktionsgewichtungen	149

(1) Das Bundeswahlrecht	149
(2) Das Parteiengesetz	150
cc) Zusammenfassung der rechtlichen Funktionsgewichtungen	151
c) Reale Parteientätigkeiten	152
aa) Die Funktionswahrnehmungen	152
bb) Dysfunktional wirkende reale Parteientätigkeiten	155
d) Substitution von Parteifunktionen	159
Die Schweiz	161
a) Politisch-soziale Kultur und Parteiensystem in der Schweiz	161
aa) Charakteristika der politisch-sozialen Kultur	161
bb) Das schweizerische Parteiensystem	162
b) Gewichtungen der Parteifunktionen nach der Rechtsordnung	165
aa) Verfassungsrechtliche Funktionsgewichtungen	165
(1) Der neue Parteienartikel in der Bundesverfassung	165
(2) Die Bedeutung direktdemokratischer Elemente	166
(3) Der schweizerische Parlamentarismus und die Verantwortlichkeit der Regierung	167
(4) Der Föderalismus	168
(a) Die Kantons- und Gemeindeebene	168
(b) Der Ständerat	169
bb) Einfachgesetzliche Funktionsgewichtungen	170
(1) Das Wahlrecht nach dem Gesetz über die politischen Rechte	170
(2) Fehlendes Parteiengesetz	171
cc) Zusammenfassung der rechtlichen Funktionsgewichtungen	171
c) Reale Parteientätigkeiten	172
aa) Funktionswahrnehmungen	172
bb) Dysfunktional wirkende reale Parteientätigkeiten	174
d) Substitutionen von Parteifunktionen	175
Die Fünfte Französische Republik	178
a) Politisch-soziale Kultur und Parteiensystem in Frankreich	178
aa) Charakteristika der politisch-sozialen Kultur	178
bb) Das französische Parteiensystem	179
b) Gewichtung der Parteifunktionen nach der Rechtsordnung	182
aa) Verfassungsrechtliche Funktionsgewichtungen	182
(1) Art. 4 der französischen Verfassung	182
(2) Das Amt des Staatspräsidenten	183
(a) Allgemeine Befugnisse und Wahl des Staatspräsidenten	183
(b) Das Referendum	185
(3) Der "rationalisierte Parlamentarismus" und die Verantwortlichkeit der Regierung	185
(4) Der französische Zentralismus	187
bb) Einfachgesetzliche Funktionsgewichtungen	188
(1) Das Wahlrecht zur Nationalversammlung	188
(2) Sonstige parteirechtliche Regelungen	189
cc) Zusammenfassung der rechtlichen Funktionsgewichtungen	189

c)	Reale Parteientätigkeiten	190
aa)	Funktionswahrnehmungen	190
bb)	Dysfunktional wirkende reale Parteientätigkeiten	192
d)	Substitutionen von Parteifunktionen	193
4.	Großbritannien	196
a)	Politisch-soziale Kultur und Parteiensystem in Großbritannien	196
aa)	Charakteristika der politisch-sozialen Kultur	196
bb)	Das britische Parteiensystem	198
b)	Gewichtung der Parteifunktionen nach der Rechtsordnung	201
aa)	Crown-in-Parliament und Parlamentssoveränität	201
bb)	Die Souveränität des House of Commons und die Verantwortlichkeit der Regierung	202
(1)	Das Verhältnis von Parlament und Regierung	202
(2)	Her Majesty's official Opposition	203
cc)	Das House of Lords	205
dd)	Sachplebiszitäre Elemente	206
ee)	Der britische Zentralismus	206
ff)	Das Wahlrecht zum House of Commons	207
gg)	Sonstige parteirechtliche Regelungen	208
hh)	Zusammenfassung der rechtlichen Funktionsgewichtungen	209
c)	Reale Parteientätigkeiten	209
aa)	Die Funktionswahrnehmungen	209
bb)	Dysfunktional wirkende reale Parteientätigkeiten	212
d)	Substitutionen von Parteifunktionen	213
n.	Bedarf und Möglichkeiten einer rechtlichen Steuerung von Parteifunktionen	215
1.	Zur Notwendigkeit einer ausreichenden rechtlichen Zuweisung von Parteifunktionen	215
2.	Grundsätzliche Probleme einer rechtlichen Steuerung von Parteifunktionen	216
a)	Die Abhängigkeit von der sozialen Realität	216
b)	Die Organisations- und Betätigungsfreiheit politischer Parteien	218
3. Kapitel:	<i>Zum Demokratiedefizit und zur Demokratiefähigkeit der Europäischen Union</i>	219
A.	Die europäische Rechtsetzung aus parteiendemokratischer Sicht - Eine Annäherung an das europäische Demokratiedefizit	220
I.	Politisch-soziale Kultur und Parteiensystem in der Europäischen Union	220
1.	Charakteristika einer europäischen politisch-sozialen Kultur	220
a)	Mitgliedstaatliche Fragmentierung der politisch-sozialen Kultur	220
b)	Dominante Faktoren einer politisch-sozialen Kultur der Integrationskräfte	220
aa)	Technokratische Konfliktregelung	220
bb)	Konsensuelle Konfliktregelung	222

2. Das "europäische Parteiensystem"	223
a) Die nationalen Parteien auf europäischer Ebene	223
b) Die supranationalen Parteienzusammenschlüsse mit europäischer Ausrichtung	224
aa) Die einzelnen europäischen Parteienzusammenschlüsse	224
(1) Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	225
(2) Die Europäische Volkspartei / Christliche Demokraten (EVP)	227
(3) Die Europäische Liberale, Demokratische und Reform Partei (ELDR)	229
(4) Die Europäische Föderation der Grünen Parteien (EFGP)	231
bb) Zur Entwicklung der programmatischen Profile der Parteienzusammenschlüsse	232
cc) Zur Finanzausstattung der Parteienzusammenschlüsse	232
c) Die Fraktionen des Europäischen Parlaments	233
d) Zu den Verbindungen zwischen nationalen Parteien, europäischen Parteienzusammenschlüssen und den Fraktionen des Europäischen Parlaments	235
n. Gewichtung von Parteifunktionen nach der Unionsrechtsordnung	236
1. Grundlage: Zur Positivierung des Demokratieprinzips auf der europäischen Rechtsebene	236
2. Funktionsgewichtungen nach der Unionsrechtsordnung	237
a) Art. 191 EGV (ex Art. 138a)	237
b) Der Europäische Rat	238
c) Der Rat der Europäischen Union (Ministerrat)	240
d) Die Kommission	244
e) Das Europäische Parlament	248
aa) Parlamentarische Verantwortlichkeit der Kommission und allgemeine Kontrollrechte	248
bb) Befugnisse im Rahmen der Europäischen Rechtsetzung	250
cc) Das Wahlrecht zum Europäischen Parlament	253
f) Sonstige Einrichtungen und Organe der Europäischen Gemeinschaften	256
aa) Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften	256
bb) Der Wirtschafts- und Sozialausschuß	256
cc) Der Ausschuß der Regionen	259
g) Zusammenfassung der Funktionsgewichtungen	261
ffl. Reale Parteientätigkeiten	262
1. Funktionswahrnehmungen	262
2. Dysfunktionale reale Parteientätigkeiten	269
IV. Substitutionen von Parteifunktionen auf der europäischen Ebene	271
1. Politische Einflußnahmen durch Verbände	271
2. Europäischer Bürokratismus	276
V. Zwischenergebnis	278
B. Die Bedeutung der politischen Willensbildungsprozesse in den Mitgliedstaaten für die demokratische Legitimation der Europäischen Union	281

I.	Zu den Möglichkeiten einer demokratischen Legitimationsvermittlung über die Mitgliedstaaten	282
1.	Die "verfassungsgebende Gewalt" der Mitgliedstaaten als Garant "echter" demokratischer Legitimation?	282
2.	Die personelle Legitimation der Gemeinschaftsorgane	284
a)	Zur personellen Legitimation des Ministerrates	285
b)	Zur personellen Legitimation der Kommission und des EuGH	286
3.	Die Vermittlung sachlich-inhaltlicher Legitimation durch die mitgliedstaatlichen Parlamente	287
a)	Parlamentarische Zustimmungsgesetze bei der Schaffung primären Europarechts	287
b)	Nationale Parlamente und sekundäres Europarecht	290
aa)	Die Ausführung und Umsetzung von Richtlinien	290
bb)	Einflußmöglichkeiten auf die Mitgliederj des Ministerrates bei der Setzung sekundären Europarechts	290
cc)	Parlamentarische Kooperation bei der Setzung sekundären Gemeinschaftsrechts	294
4.	Strukturprobleme mitgliedstaatlich vermittelter Legitimation	296
a)	Einstimmigkeitserfordernis	296
b)	Kein Vergleich zur Exekutivrechtsetzung im innerstaatlichen Bereich	297
c)	Lockerung politischer Verantwortlichkeits- und Kontrollzusammenhänge - Das Ausschalten der Oppositionen in den politischen Systemen der Mitgliedstaaten	298
d)	Gestörte Rückkoppelung europabezogener politischer Willensbildung	299
5.	Zwischenergebnis	300
n.	Die gegenwärtige Abhängigkeit der Europäischen Union von sozialen Voraussetzungen politischer Willensbildung in den Mitgliedstaaten	301
C.	Das demokratiespezifische Dilemma europäischer Integration	303
I.	Der Mangel an sozialen Voraussetzungen europaweiter politischer Willensbildung	303
n.	Die Erosion der Legitimitätsgrundlagen in den Mitgliedstaaten und die Systemeffizienz der Europäischen Union	305
1.	Legitimitätseinbußen der westeuropäischen Nationalstaaten aufgrund sinkender Problemlösungseffizienz und -kapazität	305
a)	Allgemeine Folgen der ökonomischen Globalisierung	306
b)	Die sogenannte negative Integration und ihre Folgen	308
2.	Zur gegenwärtigen Reichweite der europäischen Systemeffizienz	311
3.	Zwischenergebnis: Das demokratiespezifische Dilemma der europäischen Integration	313
in.	Radikale Wiederbelebung der nationalen Handlungsebene als Ausweg?	314
IV.	Aufrechterhaltung des Demokratiepostulats im europäischen Handlungskontext	315

D. Die Demokratiefähigkeit des europäischen Herrschaftsverbandes in der Perspektive fortschreitender Integration	320
I. Der Mangel sozialer Voraussetzungen als dauerhafte Barriere für die Stärkung demokratischer Strukturprinzipien?	320
1. Europaweite Interessenorganisationen	321
a) Politische Parteien	321
b) Verbände	321
2. Kommunikation, Sprache, Medien und Öffentlichkeit	322
a) Sprachenvielfalt als Kommunikationsbarriere für soziale Organisationen	322
b) Sprachenvielfalt und Medien - Europaweite Massenmedien als Vorbedingungen für eine europäische Öffentlichkeit?	324
aa) Gründe für die mangelnde Medienwirksamkeit europäischer Willensbildung	325
(1) Die nichtöffentlichen Entscheidungsstrukturen europäischer Entscheidungsfindung	325
(2) Der Mangel an einer politischen Opposition auf europäischer Ebene	328
(3) Fehlende Personalisierung europäischer Politik	328
(4) Zwischenergebnis	329
bb) Gründe für die nationale Interessenperspektive der nationalen Medien	329
cc) Zwischenergebnis: Bedeutung des Sprachenproblems im Zusammenhang mit Massenmedien als Vorbedingung einer europäischen Öffentlichkeit	330
3. Grundkonsens und kollektive Identität	331
a) Grundkonsens	331
aa) Allgemeine Diskursbereitschaft	331
bb) Als Voraussetzung der Mehrheitsregel	332
b) Zum Problem mangelnder kollektiver Identität	335
aa) Die derzeitige kollektive Identität der Europäer	335
bb) Die Bedeutung nationaler Identität(en)	338
cc) Die notwendige Stärkung der europäischen Identität - Voraussetzung oder Folge einer Demokratisierung?	340
n. Notwendigkeit und Mechanismus einer schrittweisen Demokratisierung	343
4. Kapitel: Rechtliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung eines europäischen Parteiensystems und die Demokratisierung der Europäischen Union	347
A. Das Integrationsziel einer europäischen Parteiendemokratie als rechtspolitisches Finalprogramm	348
B. Allgemeine Grundlagen eines europäischen Parteienrechts	350

I.	Wesentliche Funktionsmerkmale europäischer Parteien	350
1.	Äquivalente Organisationsformen zu den nationalen Parteien	350
2.	Politische Ausrichtung auf die europäische Handlungsebene	351
3.	Weitgehende Unabhängigkeit von den nationalen Parteien	353
n.	Die Schaffung eines funktionsadäquaten Rechtsstatus als Grundlage für eine rechtliche Funktionsaufwertung europäischer Parteien	356
1.	Notwendigkeit und Bedeutung eines Rechtsstatus "europäische politische Partei"	356
2.	Tatbestandsmerkmale für die Vergabe des Rechtsstatus "europäische politische Partei"	357
a)	Vertretung im Europäischen Parlament oder Teilnahme an Europawahlen als Indiz für die europapolitische Ausrichtung	357
b)	Eigenständigkeit und Festigkeit der Organisation	359
c)	Individuelle Mitgliedschaft als prägendes Organisationsmerkmal	360
d)	Transnationale Organisationsstruktur	362
e)	Organisationsstatut zur Wahrung innerparteilicher Demokratie	364
f)	Öffentlich zugängliches Parteiprogramm	365
g)	Zusammenfassung: Die rechtliche Definition "europäischer politischer Parteien"	366
3.	Rechtsstatus und Chancengleichheit	367
a)	Einschränkung der Chancengleichheit gegenüber nationalen Parteien	367
b)	Rechtfertigung der Einschränkungen	368
4.	Mögliche Rechtsgrundlagen für die Schaffung eines Rechtsstatus	369
5.	Entscheidung über die Anerkennung des Rechtsstatus	369
C.	Zur rechtlichen Aufwertung der Funktionen europäischer Parteien	371
I.	Eckpunkte für eine zukünftige rechtlich-institutionelle Ausgestaltung demokratischer Willensbildungsstrukturen in der Europäischen Union	371
1.	Der unabdingbare Konkordanzcharakter europäischer Demokratie	371
2.	Demokratische Mehrebenenrechtsetzung	373
3.	Kein rechtlicher Zwang zur weiteren Integration - das Verfassungsproblem	377
n.	Konkrete rechtliche Funktionsaufwertungen europäischer Parteien - Möglichkeiten und Risiken	380
1.	Der Europäische Rat	380
2.	Der Ministerrat	381
a)	Direktwahl der Ratsmitglieder?	382
b)	Umwandlung der positiven in negative Gestaltungsrechte?	385
3.	Europäisches Parlament und Kommission	387
a)	Zur Aufwertung des Europäischen Parlaments im allgemeinen	387
aa)	Vertretung der Unionsbürger	387
bb)	Anfängliche Schwäche der europäischen Parteien als Hindernis einer radikalen Befugnisweiterung	389
b)	Konkrete Möglichkeiten einer Parlaments vermittelten Funktionsaufwertung europäischer Parteien	391

aa) Parlamentarische Verantwortlichkeit der Kommission?	391
(1) Wahl, Zusammensetzung und Befugnisse der Kommission	391
(2) Exkurs: Kommission, politische Steuerung und Verwaltungsaufbau in der Europäischen Union	394
bb) Ausweitung der positiven Rechtsetzungsbefugnisse des Europäischen Parlaments?	394
cc) Ausweitung weiterer Ernennungsrechte	396
dd) Änderungen des Wahlrechts zum Europäischen Parlament	398
(1) Allgemeine Zwecksetzungen eines einheitlichen Europawahlrechts	398
(2) Notwendigkeit europaweiter Listen	399
(3) Zur möglichen Offenheit der Listen	400
(4) Das Problem der innerparteilichen Partizipation bei der Kandidatenaufstellung	401
(5) Das Problem der Chancengleichheit	402
(6) Das Problem der Komplexität	403
4. Einführung plebiszitärer Elemente?	403
5. Sonstige Einrichtungen und Organe der Europäischen Gemeinschaften	409
a) Der Wirtschafts- und Sozialausschuß	409
b) Der Ausschuß der Regionen	409
6. Zusammenfassung der Möglichkeiten einer rechtlichen Funktionsaufwertung europäischer Parteien	410
III. Öffentliche Finanzierung europäischer Parteien als flankierende Maßnahme einer Funktionsaufwertung	411
IV. Weitere flankierende Maßnahmen zur Herausbildung europäischer Parteien	414
D. Die Realisierungschancen für eine Demokratisierung der Europäischen Union	416
I. Die Option: Eine Demokratisierung der Europäischen Union ist rechtspolitisch geboten und grundsätzlich möglich	416
n. Ist die Demokratisierung der Europäischen Union realpolitisch wahrscheinlich?	417
<i>Literaturverzeichnis</i>	419
<i>Sachverzeichnis</i>	453